

**Dr. Ursula Engelen-Kefer**

Ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB

Mitglied im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation

Sachverständige für Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesagentur für Arbeit

**Diplomfeier am Otto - Suhr - Institut für Politikwissenschaften**

**9. Februar 2007**

Sehr geehrter Herr Professor Massing,  
sehr geehrte Damen und Herren Professoren,  
liebe Studentinnen und Studenten  
und sehr geehrte Angehörige und Freunde!

Es ist für mich eine besondere Freude, an diesem Ehrentag für Sie, liebe Studentinnen und Studenten, die Festrede halten zu dürfen.

Bei meinem eigenen beruflichen Werdegang hatte ich immer großen Respekt vor dem OSI der FU-Berlin, seinen Professorinnen und Professoren sowie den Inhalten seiner Lehre und Forschung. Das galt für meine im Jahr 1970 aufgenommene Tätigkeit beim WSI – dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, in der Gewerkschaftspolitik, in der Bundesagentur für Arbeit und in der SPD-Politik. Immer war ich bestrebt, bei der Vertretung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Belange der Menschen die Argumente der Wissenschaft ins Feld zu führen.

Wenn ich mir die Liste der Gastrednerinnen und Gastredner für die Diplomfeiern am OSI ansehe - wie z.B. Frau Professorin Jutta Limbach - bin ich sehr stolz, jetzt auch dazu gehören zu dürfen.

Und wenn ich mir den illustren Kreis vieler Ehemaliger der FU-Berlin vor Augen führe, möchte ich mit der Botschaft beginnen: Wenn Sie sich anstrengen, haben Sie die Chance auf eine gute Zukunft - in der Politik und Verwaltung, bei den Gewerkschaften, aber auch an den Schaltstellen von Unternehmen und natürlich auch in der Wissenschaft. (...)

Ich weiß natürlich nicht nur um die Chancen, sondern auch um die Widrigkeiten, die gerade Ihre Generation beim Einstieg in das Berufsleben erfährt. Aber ich bin sicher, Sie haben am OSI genügend Rüstzeug erhalten, um Ihren beruflichen Weg zu gehen. Wir als diejenigen, die demnächst den Stab an Sie übergeben, haben eine große Verantwortung, Ihnen auch die Chancen für Ihre berufliche Entwicklung zu geben. Dabei müssen wir natürlich alle mit den Füßen auf dem Teppich bleiben: Weder in unserer noch in Ihrer Generation ist ein Diplom der Politikwissenschaften zugleich ein Garant für ein Spitzenamt in unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehört, wie überall im Leben, nicht nur Kompetenz und Engagement, sondern auch das Quäntchen Glück, das wir alle brauchen. Aus eigenem Erleben kann ich Ihnen zur Beruhigung sagen: Engagiertes Einstehen für eigene Überzeugungen und andere Menschen kann schon viel Glück bedeuten- auch wenn kein Spitzenamt in Politik, Verwaltung, bei Verbänden oder in der Wissenschaft damit verbunden ist.

Und damit komme ich zum Thema meines Vortrages:

### **Der Sozialstaat hat Zukunft!**

Ihre Vorgänger haben maßgeblich daran mitgearbeitet. Ich bin sicher, auch Sie werden Ihren Beitrag dazu leisten. Dabei möchte ich – nach dreieinhalb Jahrzehnten sozialstaatlichen Engagements auf vielfältigen Ebenen – mit Ihnen einige Erfahrungen, Fakten und Überlegungen teilen.

### **Trendwende bei der Reformpolitik**

Meine und Ihre Generation hat das Glück, in Frieden und weitgehend auch frei von materieller Not aufgewachsen zu sein. Viele von Ihnen haben, noch mehr als wir Älteren, die Chancen zu internationalem Austausch nutzen können- und zwar innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Heute steht uns und Ihnen die Welt buchstäblich offen. Seit Sie geboren sind, hat es politische Umwälzungen gegeben, von denen ich vor dem Hintergrund unserer jüngeren Geschichte nie gehofft hätte, sie zu erleben: den Fall der Mauer zwischen Ost und West und die deutsche Einheit; die Europäische Integration mit inzwischen 27 Mitgliedsländern;

eine einheitliche europäische Währung. Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass es heute selbstverständlich ist, wenn hier bei den Diplomfeiern des OSI Studenten aus aller Welt, und vor allem aus West und Ost, selbstverständlich nebeneinander sitzen. Ich bin fest davon überzeugt: Sie haben mit Ihrem Studium –wie keine andere Generation zuvor- wesentliche Voraussetzungen erworben, diese Chancen der Internationalisierung und Globalisierung zu nutzen.

Natürlich weiß ich, dass dies nicht für alle und in allen Fällen ein gradliniger Weg nach oben sein kann. Dies war es im Übrigen auch für die Wenigsten in unserer Generation. Aber ich möchte Ihnen gerne mitgeben: Schätzen und nutzen Sie das Privileg, durch Ihr Studium der Politischen Wissenschaften am OSI zur kritischen und konstruktiven Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angehalten zu sein. Tragen Sie dazu bei, dass möglichst viele Menschen die Chancen der Globalisierung erfahren und die Risiken minimieren. Dabei gibt es für Sie und uns alle drängende Aufgaben.

Mich hat in jüngerer Zeit besonders eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung berührt. Darin wurde deutlich, die Ängste der Menschen in Deutschland vor der Zukunft nehmen zu – vor Verlust des Arbeitsplatzes, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut. Dies gilt schon längst nicht mehr nur für Menschen am unteren Rand unserer Gesellschaft, sondern immer mehr auch für die so genannte Mitte der Gesellschaft. Dazu hat die jahrzehntelang hohe Arbeitslosigkeit beigetragen, aber auch die Politik des Sozialabbaus über mehrere Jahrzehnte.

Natürlich ist nicht zu bestreiten, dass unser Sozialstaat nur dann eine Zukunft hat, wenn er sich an die Veränderungen in Wirtschaft, Technik und Demographie sowie die internationalen Verflechtungen anpasst. Aber sogenannte Reformen werden an immer engere Grenzen der Akzeptanz durch die Bevölkerung stoßen, wenn sie nur mit Verschlechterungen verbunden sind und nicht erkennen lassen, wo denn die Zukunftsperspektiven liegen. Ich möchte Ihnen daher als hauptsächliche Botschaft für Ihre berufliche Zukunft mitgeben: Helfen Sie mit bei Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die möglichst vielen Menschen, bei allen Notwendigkeiten zu Flexibilität und Veränderungen, ausreichende Bildung und Beschäftigung, humane Arbeitsbedingungen mit existenzsicherndem Einkommen sowie ausreichende soziale Sicherheit ermöglichen.

Nun werden viele von Ihnen zu Recht sagen, in dieser Allgemeinheit ist dies immer richtig. Deshalb möchte ich einige Überlegungen an Sie weitergeben, was nach meiner Erfahrung hierbei zu beachten ist:

Ist es eigentlich vertretbar, dass die öffentlichen Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur über Jahrzehnte in Deutschland zurückgegangen sind? Wir liegen hierbei inzwischen weit unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union. Müssen nicht vor allem die Finanzen der Kommunen verbessert werden. Denn gerade da sind die notwendigen Zukunftsinvestitionen vorzunehmen – also in Betreuung, Erziehung, Bildung oder Pflege, aber auch genauso in wirtschaftsnahe Infrastruktur z.B. in Logistik oder Verkehrswesen, aber auch Wissenschaft und Forschung oder in Zukunftsindustrien und Dienstleistungen. Dies schafft doch die Rahmenbedingungen für zukünftiges Wachstum und Entwicklung sowie neue qualifizierte zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Wie ehrlich und konsequent ist eigentlich eine öffentliche Diskussion, die sich über „Pisa“ aufregt und mehr Bildung, Forschung und Betreuung anmahnt, aber nicht sagt, woher die finanziellen Mittel für die Finanzierung dieser Zukunftsaufgaben kommen sollen.

Dies sind nur einige der Fragestellungen, die beantwortet und in politische Maßnahmen umgesetzt werden müssen - in der Wirtschafts- Finanz- und Steuerpolitik. Ein wichtiges, wie ich meine, und weites Betätigungsfeld für die Verbesserung von Infrastruktur , Bildung und Beschäftigung.

Oder – wie soll es in der Lohn- und Gehaltsentwicklung der Arbeitnehmer weitergehen- eine besonders aktuelle Frage in den anstehenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen der Metall- und Chemieindustrie. Sind Löhne und Gehälter vornehmlich Kosten für die Wirtschaft oder sind sie nicht vielmehr auch Grundlage für die Binnennachfrage und damit unsere wirtschaftliche Entwicklung? Ist es nicht richtig, dass Arbeitnehmer in Zeiten guter wirtschaftlicher Entwicklung einen fairen Anteil an den erwirtschafteten Gütern und Dienstleistungen erhalten? Welche weiteren Inhalte sollen Tarifverträge enthalten? Ist es nicht sinnvoll, wenn sich beide Seiten der Tarifparteien auf die Verbesserung der Berufsausbildung oder flexiblere Arbeitszeiten mit Arbeitszeitkonten und eine ausreichende betriebliche Altersvorsorge verständigen?

Dies sind nur einige der Fragen, die sich für diejenigen von Ihnen stellen werden, die in Zukunft vielleicht auf einer der beiden Seiten der Tarifparteien sitzen.

Oder wie steht es um die notwendigen Arbeitsmarktreformen - bei immer noch über 4 Millionen registrierten Arbeitslosen und inzwischen 40 Prozent Langzeitarbeitslosen? Ist es richtig, dass die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in den vergangenen Jahren drastisch eingeschränkt wurden, wenn jetzt schon wieder Fachkräftemangel beklagt wird. Welchen Anteil an der Gestaltung und Finanzierung der beruflichen Weiterbildung müssen Arbeitgeber oder die Bundesagentur für Arbeit erbringen? Welcher Beitrag kann von Arbeitnehmern selbst erwartet werden? Welchen gesetzlichen Rahmen muss eine Bundesregierung schaffen?

Oder wie gehen wir eigentlich mit langzeitarbeitslosen Menschen in unserer Gesellschaft um? Dürfen wir es uns aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen überhaupt leisten, junge Menschen ohne Perspektiven in Ausbildung und Arbeit zu lassen? Welche Zukunft haben diese jungen Menschen und wir als Gesellschaft? Müssten wir nicht gerade für sie ein Recht auf Ausbildung und Beschäftigung nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem in der Praxis gewährleisten?

Und wie gehen wir mit den älteren Menschen in unserer Gesellschaft um? Gibt es eine Rechtfertigung dafür, dass wir ältere Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen immer früher aus dem Erwerbsleben herausdrängen und bei uns die Erwerbsbeteiligung der über 50- und 55-Jährigen erheblich niedriger ist als in vielen unserer Nachbarländer? Wie sollen Menschen in Deutschland für eine Heraufsetzung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre gewonnen werden, wenn sie es vielfach nicht einmal schaffen, bis zum 60. Lebensjahr im Arbeitsleben zu verbleiben? Wäre es nicht dringend erforderlich, humane und existenzsichernde Arbeit zu schaffen als Menschen in jahrelanger Arbeitslosigkeit und Armut zu belassen?. Schließlich gibt es genügend unerfüllte Bedarfe z.B. bei der Betreuung oder Pflege. Wäre es nicht sinnvoller, diese zu finanzieren und Menschen eine würdige Arbeit zu geben als lediglich Arbeitslosigkeit?

Oder ist es sinnvoll, in einem so stark vom Export hochproduktiver Güter und Dienstleistungen abhängigem Land, Menschen in weitere Niedriglohnsektoren zu drängen. Wäre es nicht besser, sie gerade umgekehrt durch Qualifizierung und eine Lohngrenze nach unten zu höherer Produktivität und Leistung zu befähigen?

Muss nicht das langjährige gesellschaftliche „Tabu“ von Mindestlöhnen auch in Deutschland gebrochen werden, wie es übrigens in 20 von 27 Mitgliedsländern der EU bereits seit Jahren geschehen ist, ohne dass Beschäftigung vernichtet wurde. Im

Gegenteil: Es konnte durch die Verhinderung weiterer Lohnspiralen nach unten und Lohndumping aus dem In- und Ausland damit Beschäftigung verbessert und die Arbeits- und Lebenssituation vieler Menschen optimiert werden.

Aus eigenem Erleben muss ich feststellen: Der Einsatz für die Sozialpolitik und die Soziale Sicherung stößt nicht immer auf große Sympathien. Seit den Wirtschaft- und Strukturkrisen Anfang der 1980er Jahre stehen die Sozialpolitik und mit ihr auch die Sozialpolitiker im Kreuzfeuer der Kritik. Denn ein Sozialabbau jagt den anderen. Immer lauter wird der Konkurs der Sozialen Sicherungssysteme beschworen und als Ausweg die Stärkung der privaten Alters- und Krankenversicherung propagiert.

Ich möchte Ihnen gerne den Rat mitgeben: Lernen Sie, die „Spreu“ vom „Weizen“ zu trennen und die Interessen hinter solcher Fundamentalkritik zu erkennen. Unsere gesetzliche Renten- und mehr noch die gesetzliche Krankenversicherung haben Finanzprobleme wegen hoher Arbeitslosigkeit und der dramatischen Zunahme der 400- und Ein-Eurojobs ohne Sozialversicherung, aber vor allem aber wegen der starken Belastung mit den Kosten der deutschen Einheit. Diese hätte auch im Bereich der sozialen Einheit über Steuern und nicht über den Rückgriff auf die Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden müssen. In Zukunft wird die demographisch bedingte Verschlechterung der Relation von Beitragszahlern zu Rentnern die Finanzprobleme noch vergrößern. Reformen bei der Finanzierung sind daher unerlässlich. Aber sie sind möglich, und zwar ohne grundsätzliche Privatisierung der solidarischen Sozialen Sicherung. Dies wird ein wichtiges Betätigungsfeld sicherlich auch für einige von Ihnen werden.

Der „Stein der Weisen“ für die allmähliche Umfinanzierung aus Beiträgen in Steuern ist noch längst nicht gefunden. Und hier sind Ihre Kreativität und Gestaltungskraft besonders gefragt. Private Alters- und Krankenversicherung können und müssen Ergänzung aber dürfen nicht Ersatz für eine gesetzliche Renten- und Krankenversicherung sein.

Wenn ich mich hier auch bei Festlegungen in anderen Bereichen sozialstaatlicher Entwicklung zurückgehalten habe, möchte ich Ihnen doch diese klare und eindeutige Empfehlung mit auf den Weg geben. Dabei will ich Ihnen aber genauso offen sagen, diesen Leitmaßstab in der praktischen Politik durchzuhalten, erfordert erhebliches Stehvermögen. In kaum einem anderen Feld stoßen die Interessen zwischen

Verfechtern der gesetzlichen und privaten Sicherung von Gesundheitsrisiken und Altersvorsorge so hart aufeinander. Das ist nicht verwunderlich. Es geht um hunderte von Milliarden Euros. Und denken Sie daran: Es geht um die Lebensexistenz im Alter und die ausreichende Gesundheitsversorgung für 90 Prozent der Bevölkerung.

Für mich war immer klar: Dafür stehe ich, auch wenn mir der Wind noch so heftig ins Gesicht blies. Die Unterstützung und Zustimmung der Menschen an der sogenannten Basis gibt einem die Kraft durchzuhalten, auch wenn es hagelt und stürmt.

### **Schlussfolgerungen**

Meine bisherigen Fragen und Anregungen sollten deutlich machen: Unser Sozialstaat als wesentlicher Eckpfeiler für die Stabilisierung unserer Demokratie kann und muss Zukunft haben.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, aufzuzeigen, welche Vielfalt an Optionen und Möglichkeiten zur Gestaltung bestehen. Sie sind keinesfalls erschöpfend, sollen aber wesentliche Entwicklungspfade aufzeigen helfen.

Wenn Sie als junge Menschen in die Fußstapfen Ihrer gesellschaftspolitisch schergewichtigen „Alumni“ treten, können Sie an den verschiedensten verantwortlichen Stellen in unserer Gesellschaft Ihren Beitrag zur Zukunft unseres Sozialstaates leisten. Dabei möchte ich Ihnen mitgeben: Wir alle sind gefordert, mehr als bisher über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Bei weiter fortschreitender europäischen Integration sowie Globalisierung auf allen Ebenen müssen wir uns mit der sozialen Gestaltung der europäischen und internationalen Prozesse viel stärker befassen. Die FU-Berlin und das OSI leisten durch die Internationalisierung der Studiengänge wie auch den internationalen Studentenaustausch einen wichtigen Beitrag dazu.

Aus meiner eigenen langjährigen Erfahrung im nationalen, europäischen und internationalen Bereich kann ich Ihnen sagen, man braucht dazu einen langen Atem, viel Idealismus, viel Leidenschaft und auch viel Leidensfähigkeit sowie ein enormes

Maß an Leistung. Wenn es gelingt, die Chancen der Globalisierung für mehr Menschen in dieser Welt erlebbar zu machen und die Risiken zu minimieren, können Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unseres Sozialstaates leisten. Dazu wünsche ich Ihnen den notwendigen Erfolg!